

# Die Zukunft der kommunalen IT in NRW

Auf der Agenda der neuen Landesregierung?

**(BS/Wilfried Kruse\*)** Nach dem beeindruckenden Wahltag am 13.05.2012 müssen jetzt auch wieder Themen in den Fokus rücken, die bislang eher "auf der langen Bahn" lagen, zum Teil schon überfällig lange Jahre, nicht erst seit Zeiten der früheren Minderheitsregierung. Ganz besonders solche, die im bevölkerungsreichsten Bundesland für die öffentliche Verwaltung an vielen Stellen Optimierungs- und Synergiepotenziale enthalten; Land und Kommunen werden – aus "blanker Finanznot" – gehalten sein, in der Realisierung solcher Potenziale Scheuklappen und tradierte Rücksichtnahmen aufzugeben.

Themen, die auch die Qualität des Wirtschaftsstandortes NRW mehr als nur am Rande tangieren, Themen, die öffentliche Dienstleistung effizienter, schneller, investitionsorientierter und kooperativer machen sollen. Die Rede ist von der kommunalen IT-Landschaft in NRW mit ihren ca. 100 selbständigen IT-Dienstleistern; im Vergleich mit den Süddeutschen und Norddeutschen Ländern mit ihren großen und leistungsfähigen Einheiten, der AKDB in Bayern, der DZBW in Baden-Württemberg, Dataport im Norden, der ekom21 in Hessen, um nur einige zu nennen, ein nicht mehr zukunftsfähiges, viel zu sehr zerklüftetes Modell.

Trotz zahlreicher Versuche, gemeinsam z. B. in der AKDN zu agieren, ist es bislang nicht gelungen, kommunale IT wirklich und nachhaltig verbundfähig zu machen, weder in Richtung Landes-IT in NRW, noch untereinander. Es scheitert an nicht vorhandenen – verbindlichen – Kommunikationsstandards, Austauschformaten, Plattformen. Es scheitert daran, dass es keine "kommunale IT-Kopfstelle" in NRW gibt, die für die Hersteller, die eigene Aktivitäten der kommunalen IT-Dienstleister verbindliche Standards, Schnittstellen, insgesamt Inter-

21. November 2012, Düsseldorf, [www.e-nrw.info](http://www.e-nrw.info)



2012: Verbundfähigkeit und Prozesskompetenz der IT in NRW

operabilität verbindlich vorgibt. Die bestehende Problematik beeinträchtigt den Standort NRW im internationalen und im nationalen Wettbewerb mittlerweile, weil von moderner und leistungsfähig/kooperativer öffentlicher Dienstleistung viele Investitionsentscheidungen abhängen, von der Behinderung der an vielen Verwaltungsstellen notwendigen Prozessmodernisierung – schon vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der zukünftig fehlenden Fachkräfte – ganz zu schweigen.

Ein Agreement von Land, Kommunen und IT-Dienstleistern, ein gesetzlich begründetes Steuerungsorgan (Kopfstelle, Lenkungsausschuss o. Ä.) bald aus der Taufe zu heben, das in der Lage und berechtigt ist, in einem weitgehend vom kommunalen Sektor selbst gestalteten Verfahren verbindliche Schnittstellen und Standards für die im kommunalen Bereich eingesetz-

ten Verfahren zu entwickeln, wäre ein bestmöglicher Lösungsweg. Und natürlich gehört in ein solches neues "Portfolio" auch der interoperable Datenaustausch zwischen Kommunen und Land pp. Dazu gibt es Vorarbeiten aus den Reihen der AKDN, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Ministerium für Inneres und Sport, die jetzt aktueller sind denn je.

Mit dem Neustart des Landtages und der Landesregierung steht auch der Stärkungspakt für die Kommunen wieder auf der Tagesordnung; in diesen Pakt und seine jeweiligen kommunalen Potenziale auch die Entwicklung der kommunalen IT-Landschaft insoweit einzubeziehen, wäre eine kluge Entscheidung. Natürlich im Respekt vor und gemeinsam mit der kommunalen Selbstverwaltung; Modelle dazu liegen auf dem Tisch, sie müssen jetzt nachdrücklich in die Hand genommen werden.

Verbindliche Standards und Schnittstellen sind die zentrale Grundlage und Herausforderung, kommunale Kooperation nachhaltig arbeitsteilig zu organisieren; ohne gemeinsame und kommunikationsfähige IT-Architekturen und Interoperabilitäten sind kaum haushaltsentlastende Wirkungen denkbar.

Neben eigenen Fusionsaktivitäten der kommunalen Familie, IT-Dienstleistungen zusammenzufassen und für alle Beteiligten wirtschaftlicher zu machen – wie das die ITK Rheinland im fünfjährigen Fusionsprozess der IT der Landeshauptstadt und der ehemaligen KDZ Neuss eindrucksvoll und mit Bestätigung der GPA in ihrem jüngsten Bericht bestätigt hat –, ist der Standardisierungsprozess der kommunalen IT in NRW alternativlos. Wir sollten uns schleunigst dazu auf den Weg machen.

\*Wilfried Kruse, Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D. und Verbandsvorsteher der ITK Rheinland a. D., ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister in NRW und fachlicher Leiter des Kongresses e-nrw, der am 21. November 2012 in Düsseldorf tagen wird.